



Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe | Frauen gegen Gewalt e.V.
Federal Association of Women's Counselling and Rape Crisis Centres (bff)

Studie von Amnesty International zeigt alarmierende Folgen digitaler Gewalt gegen Frauen

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat im November 2017 die Ergebnisse einer Ipsos-Mori Umfrage veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen die Erfahrungen von Frauen im Internet und den Sozialen Medien mit digitaler Gewalt („abuse or harassment online“). Befragt wurden jeweils 500 Frauen zwischen 18 und 55 Jahren in Dänemark, Italien, Polen, Spanien, Schweden, Großbritannien, Neuseeland und den USA. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass die Ergebnisse der jeweiligen Länder für die Gruppe der Frauen repräsentativ sind¹.

¹ Weitere Informationen zur Umfrage, sowie die zugrundeliegenden Daten unter:
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/11/amnesty-reveals-alarming-impact-of-online-abuse-against-women/>

Ein Viertel der Frauen erlebte bereits Angriffe im Netz

Fast ein Viertel der Befragten ist bereits mit sexistischen, frauenfeindlichen, beleidigenden und bedrohenden Kommentaren konfrontiert gewesen. Fast die Hälfte der Frauen, die eine Art der Online-Gewalt erlebt haben, fühlte sich daraufhin in ihrer eigenen Sicherheit oder um die ihrer Angehörigen bedroht.

60% der von digitaler Gewalt Betroffenen berichten, dass sie als Folge mit Schlafproblemen, Konzentrationsschwierigkeiten und regelmäßig mit Panikattacken und Angstzuständen zu kämpfen hätten. Auch auf das Selbstbewusstsein wirkt sich die digitale Gewalt negativ aus. Bedeutend ist außerdem, dass mehr als drei Viertel der Frauen Verhaltensänderungen bei sich im Alltag und im Umgang mit der digitalen Welt feststellten.

Angriffe im Netz haben weitreichende Effekte

Übergriffe in sozialen Medien und im Internet erreichen die betreffende Person in privaten und geschützten Räumen. Digitale Gewalt ist somit allgegenwärtig, sich ihr zu entziehen, ist oft nahezu unmöglich. Das Veröffentlichen und Verbreiten von Drohungen, Beschimpfungen oder von privaten Bildern und Nachrichten kann im Internet sehr schnell vonstattengehen und ist nur schwer wieder rückgängig zu machen.

“This is not something that goes away when you log off. Imagine getting death threats or rape threats when you open an app, or living in fear of sexual and private photos being shared online without your consent.” (Azmina Dhrodia, Amnesty International’s Researcher on Technology and Human Rights)²

Das ist nicht etwas, das einfach so weggeht, wenn man sich ausloggt. Stellen Sie sich vor, Sie bekommen Mord- oder Vergewaltigungsdrohungen, wenn Sie eine App aufmachen. Oder wie es wäre, ständig Angst davor zu haben, dass intime Bilder von Ihnen ohne Ihre Zustimmung online gestellt werden.“ (Azmina Dhrodia, Forscherin bei Amnesty International zu den Themen Technologie und Menschenrechte)³

² Zitat aus einem Artikel von Amnesty International zur Veröffentlichung der Studie, abrufbar unter: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/11/amnesty-reveals-alarming-impact-of-online-abuse-against-women/> (letzter Zugriff 23.11.2017).

³ Übersetzung bff

Mangelnde Unterstützung für Betroffene

Die Studie belegt, dass der Umgang der Polizei mit dem Thema für Betroffene oft wenig hilfreich und teilweise unzulänglich ist. Auch die Reaktionen der mitlesenden Internetnutzer_innen und besonders die der Plattformbetreiber_innen werden kritisiert: Lediglich 18% der befragten Frauen gaben an, faire und hilfreiche Unterstützung bekommen zu haben.

Die Autor_innen der Studie beschäftigen sich weiterhin mit der Frage, inwieweit sexistische und verletzendere Kommentare durch die Meinungsfreiheit geschützt sind. Die freie Meinungsäußerung ist ein Menschenrecht – eine Rechtfertigung für Hass und Gewalt sei sie jedoch nicht. Amnesty weist darauf hin, dass die Verfolgung von diskriminierenden Kommentaren trotz dessen keinesfalls die Äußerungsfreiheit im Netz einschränken dürfe.

Regierungen müssen handeln

Amnesty International fordert die Regierungen dazu auf, ihre ausführenden Instanzen so fortzubilden, dass sie professionell und erfolgreich gegen digitale Gewalt und Diskriminierung von Frauen im Internet vorgehen können. Auch die Betreiber_innen von Videospiele, Internetseiten- und Plattformen müssten fortgebildet werden, um sexistische und diskriminierende Kommentare zu identifizieren.

Es müssten Umgangsweisen und Strategien erlernt werden – auch von Nutzer_innen -, wie dieser Verletzung der Menschenrechte entgegengewirkt werden kann. Plattformbetreiber_innen, Nutzer_innen und der Staat haben die Pflicht, die Menschenrechte zu wahren. Dass sich Frauen aufgrund von Anfeindungen und Drohungen aus der virtuellen Netzwelt zurückziehen, mundtot gemacht werden und seelisch belastende Folgeerscheinungen davon tragen, darf nicht hingenommen werden.

Weitere Informationen/ Ansprechpartnerin: Ans Hartmann

Petersburger Straße 94 | 10247 Berlin

t: +49(0)30 32299500 | f: +49(0)30 32299501

digitalegewalt@bv-bff.de | www.frauen-gegen-gewalt.de